

Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald
Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg
Band: 29 (2016)

Artikel: Das Fürstentum Liechtenstein im Spiegel der Werdenberger Presse : eine Analyse der Berichterstattung über Ereignisse im 20. Jahrhundert
Autor: Gähwiler, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Fürstentum Liechtenstein im Spiegel der Werdenberger Presse

Eine Analyse der Berichterstattung über Ereignisse im 20. Jahrhundert

Josef Gähwiler

In diesem Beitrag wird untersucht, wie die Region Werdenberg über das Fürstentum Liechtenstein denkt. Zu diesem Zweck wurden die Werdenberger Zeitungen daraufhin durchforscht, was sie über das Nachbarland schreiben und wie sie dies tun. Das ist ein hochgestecktes Ziel, wenn man bedenkt, dass früher wie heute die persönliche Meinung vor allem im privaten Rahmen geäussert wird und nur Weniges Eingang in die Öffentlichkeit einer Zeitung findet. Eine Untersuchung, die sich ein so umfassendes und breitgefächertes Ziel setzt, begibt sich auf ein weites Feld. Aus diesem Grund wurde der Untersuchungszeitraum auf das 20. Jahrhundert und auf einige ausgewählte Themen beschränkt. Betrachtet werden Grossereignisse, die die ganze Welt bewegten, sowie regionale Begebenheiten, die in der Region intensiv diskutiert wurden. Die Arbeit stellt auf keinen Fall Anspruch auf Vollständigkeit, ganz im Gegenteil: Sie kann höchstens die Oberfläche anleuchten und einige Tendenzen aufzeigen. Es zeigt sich aber, dass es sehr interessant wäre, diese Untersuchung auszubauen, um Veränderungen in der gegenseitigen Wahrnehmung detaillierter zu betrachten und die Quellen auf weitere Medien zu erweitern.

Die Region Werdenberg-Liechtenstein ist ein Sonderfall: Ein Fluss bildet die natürliche Grenze zwischen den Ländern, und trotzdem sind die Verbindungen sehr eng, so eng, dass der Rhein als Grenze wiederum künstlich erscheint. Zudem ist die Kooperation heute selbstverständlich; und gleichzeitig ist die Abgrenzung ebenso selbst-

verständlich. Die Währung ist die gleiche, die Sprache, ja sogar der Dialekt sehr ähnlich und doch: Es ist eine Grenze festzustellen, eine Grenze, die fast ausschliesslich in den Köpfen zu existieren scheint. Anhand der Untersuchung soll auch ergründet werden, ob diese Grenze im 20. Jahrhundert gewachsen ist oder ob Trennendes abgebaut wurde.

Dass in den Zeitungen, die ja heute fast als Sinnbild für neutral-objektive Berichterstattung angesehen werden, auch persönliche Meinungen zum Ausdruck kommen, war in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Presselandschaft in der Schweiz immer noch geprägt von konfessionellen Konflikten der Vergangenheit. Der Sonderbundskrieg 1847 und die Gründung der modernen Schweiz 1848 konnten die unterlegenen konservativen Bevölkerungsteile weitgehend in den Bundesstaat integrieren, doch die wichtigen politischen Fragen entschieden sich häufig immer noch entlang der Konfessionsgrenzen. Der Kanton St.Gallen, in dem sich Katholiken und Reformierte fast in gleich grosser Vertretung gegenüberstanden, und im Werdenberg als reformiertem Bezirk mit der Gemeinde Gams als katholischer Enklave widerspiegelte auch die Presselandschaft die entsprechenden Verteilungen. Das sah dann so aus, dass in Buchs der seit 1869 bestehende *Werdenberger und Obertoggenburger* (W&O) das freisinnig-reformierte Sprachrohr war und der ab 1885 zunächst in Buchs, ab 1924 in Gams erscheinende *Werdenberger Anzeiger* die



Eine natürliche Grenze und trotzdem sehr enge Verbindungen: der Rhein bei der Brücke Haag-Bendern, um 1920.

Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

katholisch-konservative Linie vertrat. Zusätzlich bestanden ab 1906 als Organ der Demokratischen Partei die *Werdenberger Nachrichten*. «Anzeiger» und «Nachrichten» gingen 1969 in der «Ostschweiz» auf, die ihrerseits 1997 ihr Erscheinen einstellte.

Zum besseren Verständnis der Untersuchung muss kurz auch die Situation im Fürstentum Liechtenstein skizziert werden. Grundsätzlich sind zwei politische Strömungen für die Presselandschaft relevant: Das *Liechtensteiner Volks-*

blatt wird als Organ der christlich-konservativen fortschrittlichen Bürgerpartei, der «Schwarzen», herausgegeben. Die *Oberrheinischen Nachrichten* (später *Liechtensteiner Vaterland*) sind beziehungsweise ist das Medium der «Roten», der christlich-sozialen Volkspartei. Zu Beginn der Untersuchung wird diese Richtung häufig auch als Opposition be-

beiden neutralen Staaten Schweiz und Liechtenstein von den direkten Auswirkungen des Kriegs verschont geblieben waren.

Für die Zeitungen in der Schweiz war die Neutralität während des Ersten Weltkriegs sehr wichtig. Die mehrsprachige Demokratie war von den verschiedenen Nachbarländern beein-

den *«blutigen Zwist mit Russland einen gerechten Krieg»* nennen.¹ Dass der Krieg nicht spurlos am Rheintal vorbeigeht, zeigt sich etwa darin, dass im Kanton St.Gallen bereits im November des ersten Kriegsjahres eine Sammlung zugunsten von Bedürftigen durchgeführt wird.² Die Lebensmittel werden bald nach Kriegsbeginn überall knapp. Die Schweiz sorgt sich diesbezüglich auch um die Bevölkerung im kleinen neutralen Nachbarland: Am 15. Februar berichten Liechtensteiner Zeitungen über eine Lieferung von drei Waggons Weizen aus der Schweiz.³ Fast im Monatsrhythmus werden solche Meldungen verbreitet.⁴

Im Juni 1915 exportiert Liechtenstein kein Fleisch mehr⁵ und beginnt mit der Schweiz eine Kooperation im Bereich der Lebensmittelversorgung. Der W&O kann in diesem Zusammenhang auch verkünden, dass es dem Fürstentum mit der Neutralität ernst ist. Zum Beweis veröffentlicht er eine Meldung, dass Liechtensteiner, die in die deutsche Armee eingetreten waren, kurz vor der Verschiebung an die Front auf Druck der liechtensteinischen Regierung entlassen wurden⁶, und es werden Stimmen laut, die auch wirtschaftliche Neutralität und Ausbau der Selbstversorgung fordern, um die politische Neutralität zu gewährleisten.⁷ Trotzdem bleibt Liechtenstein weiterhin auf Lieferungen aus der Schweiz angewiesen und ist auch von der Rationierung betroffen.

Da in den Nachbarländern, in der Schweiz und in Österreich, Mangel herrscht, ist das auch im Fürstentum der Fall; den Liechtensteinern geht es sogar noch schlechter als den Schwei-

zeichnet, da sie der fürstlichen Macht kritisch begegnete.

Der Erste Weltkrieg, wirtschaftliche und politische Krisen und die Zusammenarbeit

Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg zog eine Schneise der Verwüstung durch Europa. Das Fürstentum Liechtenstein gehörte damals noch einer Zollunion mit dem Kaiserreich Österreich an und orientierte sich entsprechend in Richtung Vorarlberg. Nach dem Krieg veränderte sich die Situation auch für das kleine Fürstentum im Rheintal, obschon die

flusst. Grob vereinfacht kann der Deutschschweiz Sympathie zu den Mittelmächten, der lateinischen Schweiz hingegen zur Entente zugeschrieben werden, allein schon bedingt durch die sprachliche, kulturelle und geografische Nähe. Deshalb war eine möglichst neutrale Berichterstattung in der schweizerischen Presse wichtig.

Auch der W&O legt viel Wert auf diese Neutralität. Nicht ohne Stolz meldet die Lokalzeitung, dass auch die Jugend in Feldkirch zur Leserschaft gezählt werden könne, dies ganz im Gegensatz zu den Zeitungen im Fürstentum Liechtenstein, die bereits kurz nach Kriegsausbruch Partei ergreifen und

1 W&O, 12.8.1914.

2 W&O, 25.11.1914.

3 W&O, 15.2.1915.

4 W&O, 22.3.1915; 19.4.1915.

5 W&O, 9.6.1915.

6 W&O, 18.6.1915.

7 W&O, 8.10.1915.

zern.⁸ Wegen der Knappheit werden die Zollkontrollen auf der Schweizer Seite intensiviert und nur kleine Mengen dürfen ausgeführt werden. Mit den Kohlelieferungen, die in Liechtenstein ankommen, kann das Fürstentum im November 1917 den öffentlichen Bedarf nicht mehr decken. Das hat zur Folge, dass die privaten Bestellungen der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden können.⁹ Die meisten Produkte sind kaum erhältlich oder sehr teuer.¹⁰

Der W&O meldet, dass die Zollbeamten doppelt so wachsam sind, seit festgestellt wurde, «dass Schmuggler fast so zahlreich wie der Sand am Meere und noch unbescheidener wie die Sperlinge wurden»¹¹. Auch wenn es in den Zeitungen wenig zur Sprache kommt: Den Liechtensteinern wird vorgeworfen, Waren zu schmuggeln. In Berichten nach dem Krieg heisst es, «dass in einzelnen Gemeinden des Oberlandes die ganze Gemeinde, ohne Unterschied von Stand und Stellung, sich mit diesem rentablen Gewerbe beschäftigte».¹² Bei den Grenzkontrollen werden die Beamten häufig beschimpft und müssen sich Deutschfeindlichkeit vorwerfen lassen.¹³ Die Zeitung rechtfertigt das Pflichtbewusstsein bei der Kontrolle der ehrbaren Bürger mit dem weitverbreiteten Schmuggel. Da Liechtenstein wie die Schweiz ein neutrales Land sei, seien die Beschwerden in Bezug auf die Deutschfeindlichkeit fehl am Platz.¹⁴

Bereits vor dem Kriegsende melden die *Oberrheinischen Nachrichten*, dass die Monarchie in Deutschland und Österreich keine Zukunft habe und vielen Fürsten und unnützen Höfen nach dem Krieg ein Ende bereitet werde.¹⁵ Im Werdenberg fragt man sich, «ob solche Worte Anklang gefunden haben?»¹⁶ Bei der Landtagswahl 1918 wird die Antwort auf diese Frage gegeben: Die Opposition gewinnt einige Sitze dazu, ist aber immer noch schwach vertreten. «Die *Oberrheinischen Nachrichten* werden indessen für die Verbreitung des nötigen Lichtes zu sorgen wissen», hofft man auf der Schweizerseite des Rheins.¹⁷ Im August 1918 wird der Grenzverkehr

zwischen der Schweiz und Liechtenstein eingeschränkt. Liechtensteiner müssen nun im Voraus ein Visum beantragen, um in die Schweiz einreisen zu können. Auch diese Massnahme dürfte, auch wenn davon nichts zu lesen ist, mit dem Schmuggel in Zusammenhang stehen. Zudem wird gemeldet, dass der Grossteil der liechtensteinischen Bevölkerung Hunger leide. Viele Familien seien schon seit Monaten ohne Brot.¹⁸

Wirtschafts- und Regierungskrise im Fürstentum

Die demokratischen Strömungen im Nachbarland stossen beim freisinnigen Werdenberger Blatt auf grosses Interesse: In einem Artikel wird Reallehrer Albert Schädler als Volksaufklärer gelobt, der das Volk auf den Weg des Fortschritts zu bringen versuche.¹⁹ Die Vertreter der Opposition im Landtag fordern eine demokratisch legitimierte parlamentarische Regierung. Dieser «vollkommen berechnete und zweifellos zeitgemässe Antrag»²⁰ wird aber zurück-

chende Zuschriften auch nicht veröffentlichten werde. Im Weiteren wünscht das Blatt dem «konstitutionellen, demokratisch-parlamentarischen, vom Ausland unabhängigen Liechtenstein Glück und Segen». «Die Demokratie schafft freie Bahn für alle Tüchtigen, aber die Autokratie, gestützt auf Tinten- und Wehrauchfass, hemmt jeden gesunden Fortschritt.»²² In der ganzen Schweiz werden die Bestrebungen im Fürstentum Liechtenstein wahrgenommen. Es ist sogar von Revolution die Rede.²³ Im Gegensatz dazu hält sich der katholisch-konservative *Werdenberger Anzeiger* in dieser Zeit mit Kommentaren zurück. Das lässt sich einerseits auf die Sympathie zum katholischen Nachbarland und auf den Versuch, die katholische Leserschaft nicht zu verärgern, zurückführen, andererseits möchte man sich auch nicht gegen die Schweizerische Demokratie stellen.

Dass die politischen Sympathien in der Berichterstattung eine grosse Rolle spielen, zeigen die Meldungen zur Er-

Vor Inkrafttreten des Zollanschlussvertrags galten an der Grenze Schweiz–Liechtenstein beim Grenzübertritt Passzwang und Grenzkontrollen. Ausweiskarte aus dem Jahr 1919.

Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs



gewiesen. Der W&O kommentiert: «Wie man sieht, hat der totesagte Absolutismus eine neue, wenn auch bescheidene Heimstätte gefunden im Ländchen Liechtenstein»²¹ und stellt ein für alle Mal klar, dass er freisinnig-demokratisch gesinnt sei und sich nicht für fürstliche Interessen einspannen lasse und entspre-

nennung von Albert Schädler zum Abgeordneten. Es sei ein hervorragender Vertreter des alten Systems für seine treu monarchischen und kirchlichen Ansichten belohnt worden,²⁴ meldet der W&O und korrigiert in der nächsten Nummer, dass Schädler zur Opposition gehöre. Die Ernennung durch

den Fürsten würdigt das freisinnige Blatt als Auszeichnung für die Volkspartei, weil auch sie sich der fürstlichen Anerkennung bewusst sein dürfe.²⁵

Im August 1919 wird der Zollvertrag mit Österreich aufgelöst. Diese Meldung kommentiert aber weder der Anzeiger noch der W&O, es heisst bloss, die Kündigung sei zu überstürzt erfolgt, ein Anschluss an die Schweiz liege in weiter Ferne.²⁶ Importe müssen nun von Österreich und der Schweiz verzollt werden, was viel Aufwand nach sich zieht und die Wirtschaft des Fürstentums in eine grosse Krise stürzen wird. Auch die Einführung von Passzwang und Grenzkontrollen beim Grenzübertritt kommentieren die Werdenberger Zeitungen nicht. Der Handel über den Rhein hinweg wird – auch mit Vorarlberg – auf der Basis von Abkommen geregelt.²⁷ Die Grenzbeamten des Fürstentums tragen eine Uniform, die diese Bezeichnung kaum verdient: Die Zöllner sind nur mit einer Armbinde versehen, die sie als Beamte auszeichnet. Das sei für einen monarchischen Staat etwas gar erbärmlich.²⁸

Die Wirtschaftslage spitzt sich im Winter 1919/20 weiter zu. Die Landeswährung, die österreichische Krone, ist laufender Entwertung unterworfen und Liechtenstein – mit seinen engen Handelsbeziehungen zur Schweiz und den Schulden für die Unterstützung während des Krieges – ist davon besonders stark betroffen.²⁹ Als Reaktion auf die Staatsverschuldung und die Not der Bevölkerung beteiligt sich der Fürst mit einer grossen Summe an der Lebensmittelschuld³⁰ und, um die Lage zu normalisieren und die Verhandlungen über die Zollunion voranzutreiben, verpfändet er seinen Grund und Boden für die Einführung des Schweizer Frankens³¹ und gewährt ein Darlehen in der Höhe von 550 000 Franken.³² Auch die Gemeindevorsteher wollen ihre Wälder verpfänden, um den Währungswechsel zu finanzieren.³³

Im Februar 1920 verschlimmert sich die Lage. Die Lebensmittel werden teurer und das Volk leidet unter der stark entwerteten Krone. Als Reaktion auf diese Entwertung flüchtet es sich in den Schweizer Franken. Immer mehr Dienstleistungen und Waren sind nur noch gegen solches Geld erhältlich, so dass faktisch schon vor deren offizieller Einführung die Schweizer Währung übernommen wird.³⁴ Die Wirtschaftskrise hat auch Einfluss auf den Alltag: Der Sängertag vom 16. Mai 1920 muss abgesagt werden. Der Liechtensteiner Sängerbund entschuldigt sich bei den *«liebwerten Vereinen der angrenzenden Schweiz und in Vorarlberg»* für die Absage wegen der momentan *«herrschenden Verpflegungsschwierigkeiten»*, *«der Hindernisse im Grenzverkehr»* und der *«allgemeine[n] wirtschaftliche[n] Lage»*.³⁵ Der Staat versucht seine finanzielle Situation mit Steuern und Zuschlägen etwas aufzubessern, was aber in erster Linie die Wirtschaft und die Bevölkerung zu spüren bekommen.³⁶ Weil sich die wirtschaftliche Lage im Fürstentum weiter verschlechtert und der Staat immer wieder auf Darlehen des Fürsten

angewiesen ist, verschärft sich die Regierungskrise weiter.

Die Aussage der Opposition, dass das Fürstentum keine Kolonie und kein Tummelplatz für Wiener Herren sei, wird auch in Buchs voll und ganz unterstützt.³⁷ *«Hoffen wir, dass unsere Nachbarn jenseits des Rheins den Rank rechtzeitig finden werden. Ängstliche Gemüter, die schon von Blutvergiessen und böser Revolution träumen, mögen sich inzwischen wieder beruhigen.»*³⁸ Der W&O kritisiert am neuen Verfassungsentwurf, der Fürst habe immer noch zu viele Rechte. Der neue Entwurf sei nur eine kleine Änderung.³⁹

Zollanschlussvertrag

*«Die bisherige Haltung der Schweiz zeigt, dass man dem Ländchen mit möglichstem Wohlwollen entgegenkommt.»*⁴⁰ Sobald der Zollanschlussvertrag aber konkreter wird, werden die Sorgen der Grenzregion wieder lauter: Es geht vor allem um die Rolle des Grenzbahnhofs Buchs und die Verschiebung der Zollgrenze. Momentan sei der Rhein verhältnismässig leicht zu überwachen. Die grüne Grenze dagegen sei viel schwieriger

8 W&O, 16. 7. 1917.

9 W&O, 7. 11. 1917.

10 W&O, 30. 11. 1917.

11 W&O, 16. 7. 1917.

12 *Thurgauerzeitung*, 4. 12. 1918.
<http://www.e-archiv.li/print/46635.pdf?t=635793396076121975>; besucht am 28. 9. 2015.

13 W&O, 20. 8. 1917.

14 W&O, 20. 8. 1917.

15 Zitiert in W&O, 2. 12. 1917.

16 W&O, 21. 12. 1917, zweites Blatt.

17 W&O, 20. 3. 1918.

18 W&O, 14. 8. 1918.

19 W&O, 16. 10. 1918.

20 W&O, 1. 11. 1918.

21 W&O, 1. 11. 1918.

22 W&O, 27. 11. 1918.

23 W&O, 28. 5. 1919.

24 W&O, 9. 7. 1919.

25 W&O, 11. 7. 1919.

26 W&O, 8. 8. 1919; *Werdenberger Anzeiger*, 8. 8. 1919.

27 W&O, 14. 11. 1919.

28 W&O, 5. 1. 1920; *Werdenberger Anzeiger*, 5. 1. 1920.

29 W&O, 19. 1. 1920; *Werdenberger Anzeiger* 19. 1. 1920.

30 W&O, 30. 1. 1920.

31 W&O, 11. 2. 1920.

32 W&O, 20. 2. 1920.

33 W&O, 23. 2. 1920; *Werdenberger Anzeiger* 23. 2. 1920.

34 W&O, 5. 3. 1920; *Werdenberger Anzeiger* 5. 3. 1920.

35 W&O, 12. 5. 1920.

36 W&O, 15. 5. 1920.

37 W&O, 14. 4. 1920.

38 W&O, 28. 4. 1920.

39 W&O, 7. 10. 1921, zweites Blatt.

40 W&O, 12. 7. 1920.

zu kontrollieren, vor allem «in Anbetracht des Umstandes, dass vielen im Ländchen und darüber hinaus der Schmuggel in Fleisch und Blut übergegangen ist».⁴¹ Dazu komme, dass der vorgelegte Vertrag der Schweiz nichts nütze, sondern nur schade. Auch im Parlament kommen die Bedenken aus der Region zur Sprache, werden aber als Gärtchendenken abgetan.⁴² Alle Argumente gegen den Zollanschluss nützen nichts. Bei der Unterzeichnung mahnt der W&O, dass «die Liebe zu den Nachbarn nicht dazu führen darf, die Interessen der eigenen Landeskinder als Nebensache zu behandeln» und fügt sich skeptisch dem Beschluss.⁴³

Im Nachhinein kann gesagt werden, dass diese Einwände gegen den Zollanschlussvertrag nicht zu größeren Problemen bei dessen Umsetzung geführt haben. Das Zusammenleben über den Rhein hinweg dürfte durch diese Zusammenarbeit eher eine Annäherung erfahren haben, was bereits im Zweiten Weltkrieg durch die Kooperation in der Kriegswirtschaft sichtbar wird.⁴⁴ Dass diese Verträge für Liechtenstein eine positive Wirkung hatten, zeigt sich an einzelnen Meldungen zur Wirtschaftslage im Fürstentum. Das Amt für Statistik kann 1968 über mehr als 64 Prozent mehr Angestellte berichten und auch die Anzahl der Betriebe ist gewachsen.⁴⁵ Dass diese Entwicklung auch auf die Region Werdenberg einen positiven Einfluss hat, liegt auf der Hand.

Liechtenstein und die Schweiz in Europa: EWR

Zu Beginn der 1990er Jahre dominierten unter anderem die Themen der Kooperation mit dem europäischen Ausland die Schlagzeilen in der Schweiz. Die Zusammenarbeit mit Europa war für die Wirtschaft der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein sehr wichtig geworden. Schon seit Längerem hatten sich die (west-)europäischen Länder zusammengeschlossen, um sich schneller untereinander austauschen zu können. Nun sollte ein weiterer Schritt hin zum Ziel eines vereinten Europas



Nach der Kündigung des Zollvertrags mit Österreich im Jahr 1919 integrierte sich das Fürstentum Liechtenstein 1923 mit dem Zollanschlussvertrag mit der Schweiz ins schweizerische Zollgebiet.

Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

gemacht werden. Die Europäischen Gemeinschaften (EG) – seit 1992 Europäische Union (EU) – und Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) waren die Bezeichnungen, die in den Nachrichten fast täglich im Vordergrund standen. Als Mitglied der EFTA (European Free Trade Association) war auch die Schweiz eingeladen, sich an den Verhandlungen über den EWR zu beteiligen. Liechtenstein verhandelte bereits über einen Beitritt. In diesem Zusammenhang wurde denn auch der Zollanschlussvertrag wieder thematisiert.

Liechtenstein und die Schweiz führten die Verhandlungen über den EWR-Beitritt beinahe im Gleichschritt. Der Fürst nahm in einem Interview mit dem Volksblatt Stellung zu den Verhandlungen. Er befürwortete den EWR, lehnte aber gleichzeitig einen EG-Beitritt Liechtensteins ab, auch wenn die Schweiz mitmachen würde. Die Verträge mit der Schweiz müssten auf jeden Fall beibehalten werden. Das

Interview wurde auf der Titelseite des W&O zusammengefasst.⁴⁶

Kurz vor den EWR-Abstimmungen droht im Fürstentum Liechtenstein eine Regierungskrise. Im W&O vom 28. Oktober 1992 werden die Gerüchte und Meldungen, die im Lauf der Vortage im Umlauf waren, Schritt für Schritt wiedergegeben. Zuerst hiess es, der Fürst wolle den Landtag auflösen. Etwas später wurde gemeldet, dass der Fürst im Radio sprechen und gleich danach die Regierung Stellung nehmen werde. Schliesslich lautete die letzte Meldung, der Fürst stelle der Regierung ein Ultimatum: Er werde den Landtag auflösen und die Regierung entlassen, wenn in Liechtenstein nicht vor der Schweiz über den EWR abgestimmt werde. Die Regierung hatte nämlich den 13. Dezember 1992 festgesetzt, eine Woche nach dem Abstimmungssonntag in der Schweiz. Die Interpretation des W&O: Der Fürst wolle nicht, dass das Volk vom schweizerischen Entscheid beeinflusst werde.⁴⁷

Zur Regierungskrise kommt es dann doch nicht: Der Fürst lenkt ein. Im Kommentar des W&O-Chefredaktors heisst es: «Freuen wir uns mit unseren Nachbarn, dass Fürst und Regierung den Rank doch noch gefunden haben. Dass das vor dem Regierungsgebäude gestern Nachmittag zur Unterstützung von Landtag und Regierung aufmarschierte Volk zum Einlenken des Monarchen genauso wie die Standfestigkeit der Regierung beigetragen hat, vermag auch die rauen Töne und Pfeife gegen den Fürsten zu relativieren: Es zeugt vom Funktionieren demokratischer Mechanismen auch in der Monarchie Liechtenstein. Darauf dürfen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner stolz sein. Und eigentlich auch Fürst Hans-Adam selber. Denn das Prinzip der liechtensteinischen Verfassung, dass Fürst und Volk das Land gemeinsam regieren, hat letztlich funktioniert. Und solches wird eben erst im Konfliktfall sichtbar. Auch wenn Konflikte Schrammen und Narben zurücklassen.»⁴⁸

Schrammen und Narben, die der Konflikt hinterlässt, sind beispielsweise

**Die zerstörerische
Wirkung der
Rheinüberschwem-
mung vom 25. Sep-
tember 1927 bei
Bendern.**

Archiv Hansruedi Rohrer,
Buchs



die Diskussionen, ob das Fürstentum eine neue Verfassung brauche, in der dem Fürsten weniger Macht zugestanden wird. Momentan könne der Fürst nämlich über Notrecht ohne Regierung und Parlament regieren. Dass eine Änderung auch vom Volk gefordert werde, das mit den Alleinentscheiden nicht einverstanden sei – so der W&O – würden die rund 2000 Demonstranten zeigen, die den Fürsten auf dem Weg zu seiner Landtagsrede ausgepiffen hätten.⁴⁹ In einem Interview rechtfertigt sich der Fürst: Mit seinen Provokationen wolle er lediglich die Politiker zur Vernunft bringen, denn auch die handelten nicht immer im Interesse des Volkes. Er sei überzeugt, dass der EWR für das Fürstentum sehr wichtig sei und wolle nicht, dass das Volk sich vom Schweizer Entscheid beeinflussen lasse. Weiter sagt der Monarch, dass er auf keinen Fall eine Marionette, ein «Grüssaugust», sei. Wenn das Volk dies nicht wolle, werde er nicht weiterregieren. Sollten ihm nur Repräsentationspflichten zugestanden werden, dann sei er sofort weg. Das Recht auf Selbstbestimmung des Volks habe Vorrang.⁵⁰

Am Montag, 7. Dezember 1992, kann man vom wenig überraschenden Nein

der Schweiz zum EWR lesen. Das Volk habe den schwierigeren Weg mit weiteren Verhandlungen gewählt. In Liechtenstein wird dazu aufgerufen, sich von diesem Nein nicht beeinflussen zu lassen.⁵¹ Im Grenzgebiet stellt sich die Frage, welche Auswirkungen ein Ja Liechtensteins auf den Zollanschlussvertrag habe. Die Grenze würde aber kaum geschlossen, so sagen verschiedene Experten.⁵² Nach der Abstimmung im Fürstentum vom 13. Dezember 1992 sind Fürst und Regierung über das Ja erfreut. Nun muss überprüft werden, wo Anpassungen der Zollverträge nötig sind. In der Schweiz werden Befürchtungen laut, dass grosse Schwierigkeiten auf die Grenzregion zukommen könnten. Nicht zuletzt wird ein Preiserfall in Liechtenstein befürchtet, der auch in der gesamten Schweiz negative

Folgen haben könnte.⁵³ Bevor das Fürstentum Liechtenstein am 1. Mai 1995 dem EWR beitreten kann, muss der Zollanschlussvertrag entsprechend überarbeitet werden. Im Rahmen des EWR-Beitritts Liechtensteins flammen auch in der Schweiz die alten Diskussionen wieder auf.⁵⁴ Trotz aller Befürchtungen verläuft der Beitritt des Fürstentums zum EWR ohne Probleme und auch der Zollanschlussvertrag mit der Schweiz kann fortbestehen.

Der Rhein: Gefahr, künstliche Grenze und Energiequelle

Rheinkatastrophe 1927

Beim Hochwasser vom 25. September 1927 brach auf der Liechtensteiner Seite auf der Höhe von Schaan der Rheindamm. Es hatte bereits seit Tagen ge-

41 W&O, 1.3.1922.

42 W&O, 23.6.1922, zweites Blatt.

43 W&O, 31.12.1923.

44 Vgl. Abschnitt «Zweiter Weltkrieg».

45 W&O, 19.10.1968.

46 W&O, 15.8.1991.

47 W&O 28.10.1992.

48 Hans Jakob Reich, W&O, 29.10.1992.

49 W&O, 30./31.10.1992.

50 W&O, 2.11.1992.

51 W&O, 7.12.1992.

52 W&O, 10.12.1992.

53 W&O, 1.12.1992.

54 W&O, 25.4.1992.



Die Dammbruchstelle der Rheinkatastrophe vom 25. September 1927 bei Schaan.

Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs

regnet, so dass der Wasserstand sehr hoch war. Auch an verschiedenen anderen Orten traten Bäche über die Ufer, vor allem in den Kantonen St.Gallen, Graubünden und Tessin. Nach dem Dammbruch bei Schaan infolge Überflutung des Damms ergoss sich das Wasser des Rheins ins Liechtensteiner Unterland. Um die Fluten ins Rheinbett zurückfliessen zu lassen, wurde bei Bendorf der Damm gesprengt.

Der W&O schildert am Montag, 26. September 1927, die Ereignisse detailliert und aus erster Hand: «Zuerst krachte die westliche Seite [der Holzbrücke Buchs–Schaan] zusammen, während die Schaanerseite ihr nach 10 Minuten rasch folgte. [...] Als weitere Hiobsbotschaft kam um 7½ Uhr die Meldung vom zirka 200 Meter grossen Dammbruch bei der Eisenbahnbrücke am Liechtensteinerufer und vom daherigen sofortigen Sinken

des Rheins um 1½ Meter. Schaan ist überschwemmt. Die Schweizerseite war also gerettet, während unsere armen Nachbarn die Katastrophe haben. [...] Stockender Zugsverkehr, rabenschwarze Nacht, strömender Regen, zerstörte und gefährdete Brücken, allgemeine Bestürzung und Aufregung. Unmöglichkeit, sichere Nachrichten in Wissenswertem zu erhalten. Das Schicksal Liechtensteins! So waren Situation und Stimmung am Spätabend des unvergesslichen 25. September, eines bösen, bösen Sonntags.»⁵⁵

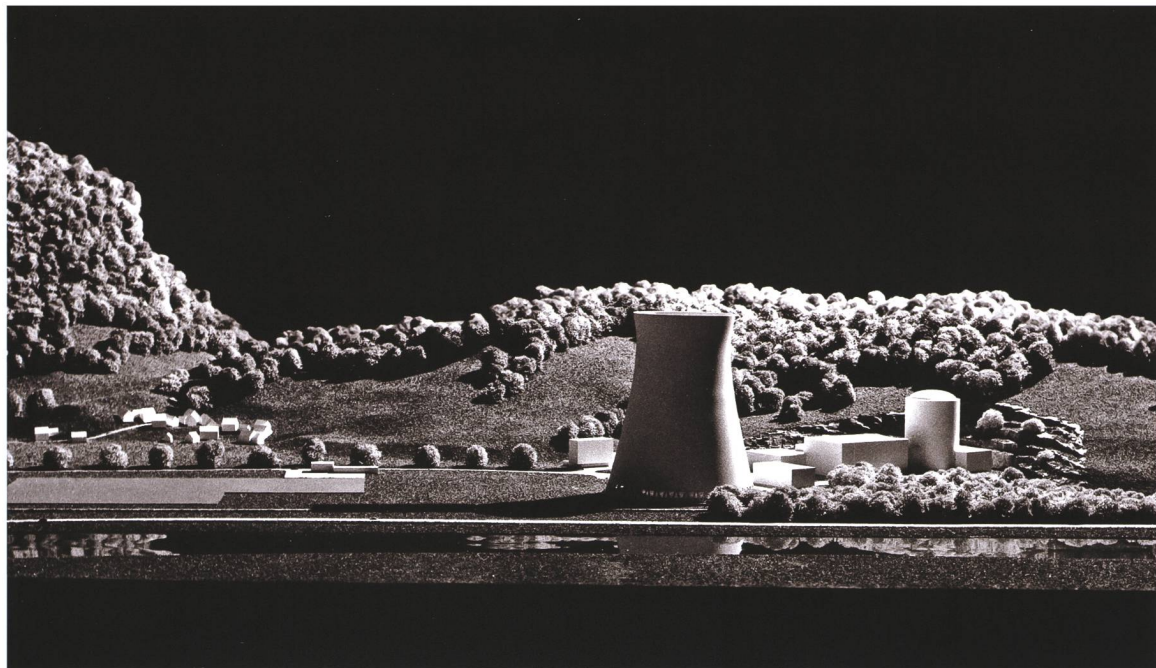
Der Artikel geht mit den Schilderungen über den Montagmorgen weiter: «Sonnenschein, 7 Grad Temperatur und Neuschnee auf den Bergen. Also Ende der Sündflut! An Leib und Seele fröstelnd, geht man den Schreckensnachrichten entgegen. Die eigene Heimat ist verschont durch das grässliche Unglück liebenswerter Nachbarn. Sie haben zu unseren

Gunsten den Strom aufgefangen und uns dadurch gerettet. [...] Das arme Ländle Liechtenstein bildet von Schaan bis Feldkirch einen grossen See. [...] Liechtenstein möge heute schon wissen, dass die Schweiz es in seiner Not nicht verlassen wird. Kopf hoch, Ihr Mannen und Frauen am anderen Ufer!»⁵⁶ In der nächsten Ausgabe begibt sich der Berichterstatte auf den Schneggen und blickt mit dem Feldstecher auf den «neuen Liechtensteinersee, den Unheilsee»⁵⁷: «Welche Veränderung der Dinge! Wäre das Unglück der Nachbarn nicht so gross, man wäre wahrhaftig versucht, auszurufen: 'Wie schön!' Landschaftlich ist eben jede Wasseransammlung am Fusse von Berg und Hügel schön zu nennen.»⁵⁸

Dramatisch wird geschildert, wie Buchs aus der «Todesnot» gerettet, das Nachbarland aber zum Opfer der Fluten wurde. In Ruggell stieg der Rhein

**Modell des nicht
realisierten Kern-
kraftwerkprojekts
Rüthi.**

Amt für Kultur, Liechtensteini-
sches Landesarchiv, Vaduz



zwischen Schellenberg und Rheindamm immer höher und die Leute mussten auf die Dächer der Häuser fliehen, um von den Pontonieren gerettet zu werden. Damit das Wasser wieder abfließen konnte, wurden Mineure der Basaltsteinwerke aus Buchs aufgeboten, am Montagabend bei Bendern den Damm zu sprengen. Gerade weil die Schweiz verschont blieb, war die Unterstützung und Anteilnahme gross.⁵⁹ *«Wie billig, Mitbürger, kommen wir davon!»*⁶⁰, heisst es in der Zeitung.

Am 7. Oktober 1927 wird über die Dienste der Schweizer Soldaten im Hochwassergebiet geschrieben und deren Arbeit gewürdigt: *«Die Aktion konnte ohne irgendwelchen Unfall durchgeführt werden. Dabei war das Überschwemmungsgebiet nicht ein ruhiger See, sondern ein wilder Fluss mit vielen Stromschnellen, in dem die Spitzen eiserner Gärtenhäge und Untiefen das Befahren noch erschwerten.»*⁶¹ Auch die Dankesworte des Erbprinzen Franz Josef werden zitiert: *«Ich habe viele Schlachten des Weltkrieges miterlebt, keine war so gefährlich wie eure Arbeit, schweizerische Krieger: [...] dort wurden Menschenleben vernichtet, ihr aber habt solche vor dem sicheren Untergang gerettet.»*⁶²

In der ganzen Schweiz wird Geld gesammelt, zudem wird auch immer wieder über die Spenden geschrieben, die von verschiedenen Stellen zugesichert oder von Wohltätern vor Ort den Notleidenden übergeben werden. Spendenaufrufe weisen gern auf die *«freundnachbarliche Beziehung»* hin.

In den folgenden Monaten werden die Artikel über die Aufräumarbeiten, die Arbeiten an den Dammbruchstellen und diverse Spenden allmählich weniger. Im Frühjahr 1928 sind die Schäden in Liechtenstein immer noch nicht zu übersehen. Es wird sogar von Sandstürmen berichtet. *«Man fühlte sich in eine Sandwüste Afrikas versetzt.»*⁶³

Kernkraftwerk Rüthi

1972 legten die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) Pläne für ein Kernkraftwerkprojekt in Rüthi vor. Gegen diese Pläne formierte sich rasch der Widerstand. Auch im benachbarten Ausland wollte man kein Atomkraftwerk dulden. Nicht zuletzt wegen des Widerstands in Vorarlberg, der auch von der Regierung in Wien unterstützt wurde, mussten die AKW-Pläne begraben werden.⁶⁴ Der Bau eines Tanklagers und der Destillationsanlage

bei Sennwald – zeitlich mit der Veröffentlichung der Pläne für das AKW Rüthi zusammenfallend – sorgten für grenzüberschreitendes Aufsehen in der Region.

Im W&O wird die Leserschaft im Mai 1972 zum ersten Mal ausführlich über das AKW-Projekt informiert. Es handelt sich um die Publikation der Antwort auf eine Anfrage des St.Gallisch-Appenzellischen Naturschutzbundes (SANB). Das Kraftwerk sei kein Problem und so geplant, dass es sich sehr gut in die Umgebung einpasse. Darum sei auch nur ein einziger Kühlturm geplant.⁶⁵ Wenig

55 W&O, 27.9.1927.

56 W&O, 27.9.1927.

57 W&O, 28.9.1927.

58 W&O, 28.9.1927.

59 W&O, 28.9.1927.

60 W&O, 30.9.1927.

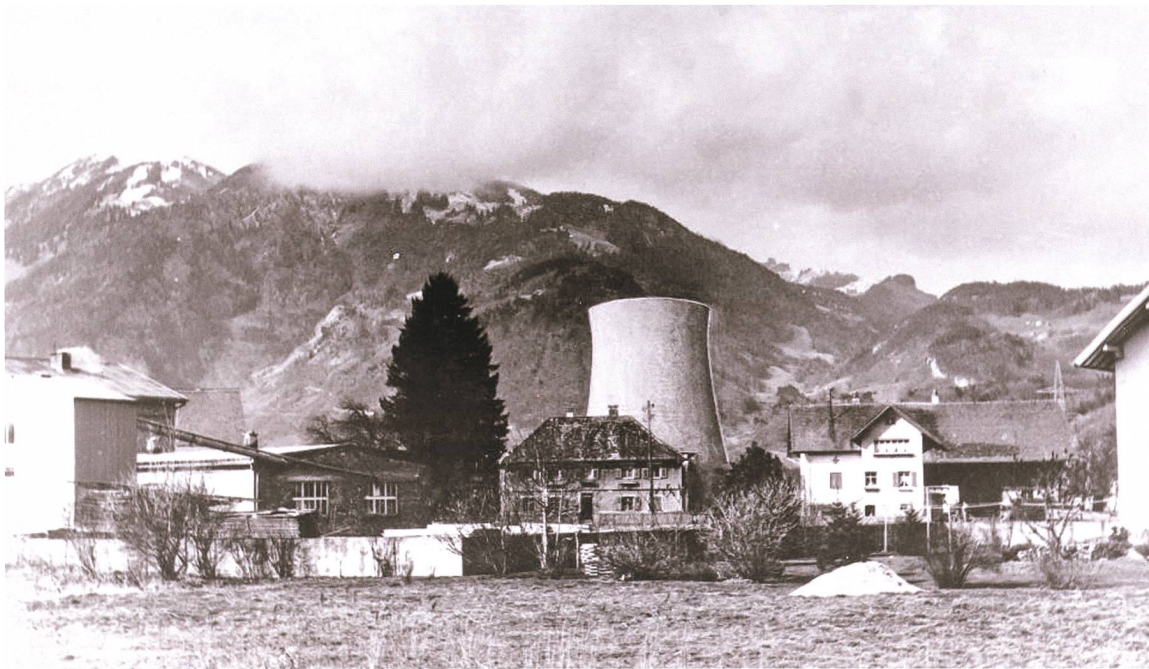
61 W&O, 5.10.1927.

62 W&O, 5.10.1927.

63 W&O, 28.3.1928.

64 Vgl. <http://www.staatsarchiv.sg.ch/home/publikationen/aufgefallen/2011/3.html>; besucht am 28.9.2015.

65 W&O, 25.5.1972.



Fotomontage des geplanten Kernkraftwerks Rüthi aus der Sicht von Meiningen, Vorarlberg (Distanz 1,5 Kilometer).

Staatsarchiv St.Gallen

ge Wochen später nimmt die NOK erneut Stellung zu den Einwänden des Naturschutzbundes, in der von einer drohenden Lücke in der Elektrizitätsversorgung gesprochen wird. In der gleichen Ausgabe zeichnen sich auch die ersten Widerstandsbewegungen gegen die Pläne ab, die im Vorarlberg schon weiter fortgeschritten sind als im linksrheinischen Gebiet. Bei einer Versammlung in Feldkirch wird der Vorschlag diskutiert, die Grenzgänger sollen aus Protest gegen das AKW einen Tag lang streiken. Die offiziellen Stellen im Vorarlberg (und auch in Liechtenstein) wollen ihr Vorgehen in der AKW-Frage koordinieren und sich über Massnahmen und Initiativen austauschen.⁶⁶

Zur normalen Berichterstattung über Stromknappheit und Umweltbedenken können im Verlauf der nächsten Monate Befürworter und Gegner im W&O ihre Argumente darlegen.⁶⁷ Dass sich auch das Fürstentum Liechtenstein für Umweltbelange auf der Schweizer Seite des Rheins interessiert, zeigt ein Bericht vom November 1972. Darin wird von Gesprächen der Regierungen von Liechtenstein und St.Gallen geschrieben, in denen das Projekt in Sennwald diskutiert wurde und es um

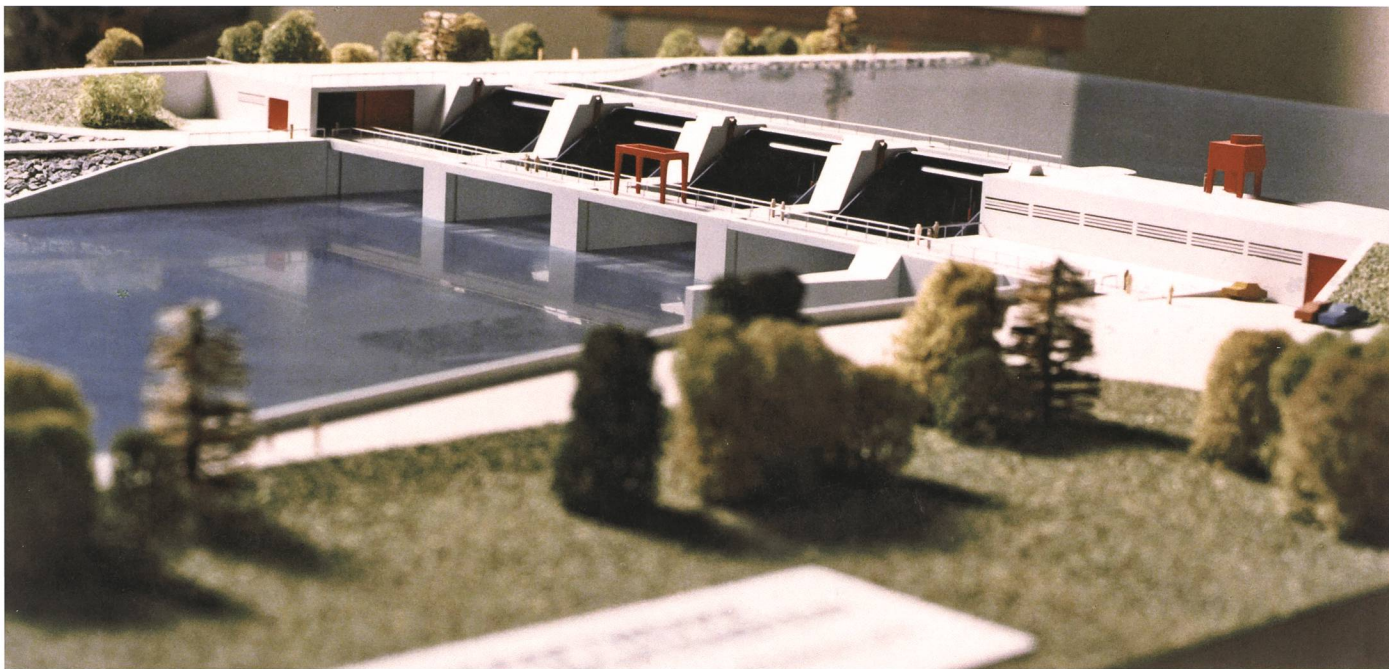
die Verhinderung von Schäden ging.⁶⁸ Sogar der Fürst persönlich nimmt in einem Pressegespräch zu den aktuellen Diskussionen Stellung und fordert, «Liechtenstein muss endlich aufhören, im Rucksack der Schweiz zu sein». Trotz Zollanschlussvertrag müsse die Eigenstaatlichkeit wahrgenommen werden.⁶⁹

Am 8. Februar 1973 wird in Vaduz in Anwesenheit von rund 360 Personen die «Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz» (LGU) gegründet.⁷⁰ Im W&O findet diese Gründung keine Beachtung. Dagegen wird auf der Titelseite vom 24. Februar vermeldet, dass die Stromversorgung knapp werde, Atomanlagen sicher und die Gefahren für die Bevölkerung sehr gering seien. Trotzdem würden die Sorgen der Bevölkerung wahrgenommen.⁷¹

In der Zwischenzeit bleibt auch die österreichische Opposition gegen das Atomkraftwerk Rüthi aktiv, die Unterstützer in der Bevölkerung und in der Regierung findet. Man bedauert, dass man nicht direkt auf den Bau Einfluss nehmen kann und fragt sich, ob nicht das Völkerrecht diesbezüglich helfen könnte.⁷² Die Machtlosigkeit findet auch in weniger konstruktiven Formen ihre Ausprägung: Nach einer Diskus-

sion in Buchs «wurde der Pro-Referent in unflätiger Weise von ausländischen Atomkraftwerkgegnern angepöbelt und mannhaftes Werdenberger mussten sich zu seinem Schutz entgegenstellen».⁷³ Nachdem sowohl die Landesregierung Vorarlbergs als auch die Bundesregierung in Wien den Bau eines Kernkraftwerks im Rheintal ablehnen,⁷⁴ äussert sich auch die Liechtensteinische Regierung kritisch.⁷⁵

Ende 1974 folgt eine zweite Verhandlungsrunde mit Österreich, nach der eine Bewilligung durch den Bundesrat nur noch Formsache zu sein scheint.⁷⁶ Es können aber keine Fortschritte erzielt werden, und auch in der Schweiz formiert sich eine Bürgerinitiative gegen das AKW-Projekt: Der Verein «Atomkraftwerk Rüthi Nein» wird im Juni 1975 gegründet.⁷⁷ Unter anderen engagieren sich auch die bekannten Nationalräte und HSG-Dozenten Hans Schmid und Franz Jäger in diesem Verein, der auch bei bürgerlichen Politikern Unterstützung findet. Nach ausgiebigen Protesten wird das Projekt im Jahr 1980 schliesslich gestoppt, was bestimmt auf den starken Widerstand aus dem benachbarten Ausland zurückzuführen sein dürfte.⁷⁸



Geplantes Rheinkraftwerk Schweiz–Liechtenstein: Modell einer Staustufe, 1985. Amt für Kultur, Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz

Auffällig bei der Untersuchung der Zeitungsberichte und auch bei der Recherche zum AKW Rüthi ist, dass vor allem die Proteste im Vorarlberg in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Dies ist in erster Linie der Tatsache zuzuschreiben, dass diese Opposition sich sehr schnell nach Bekanntwerden der Pläne formiert hatte, während die Organisation auf Schweizerseite etwas länger dauerte. Dass aber der Widerstand im Fürstentum Liechtenstein neben der Gegnerschaft im Vorarlberg eher in den Hintergrund rückte, dürfte teilweise auch der geografischen Lage geschuldet sein. Zu einem gewissen Teil hängt es aber auch damit zusammen, dass die Öffentlichkeit des Fürstentums weniger explizit Stellung bezog. Dass aber das Kernkraftwerkprojekt Rüthi doch einen grossen Einfluss auf die Politik im Fürstentum Liechtenstein gehabt hat, lässt sich allein schon darin erkennen, dass die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) sich aus der Opposition gegen das Projekt Rüthi formierte. Dass das in der Schweiz lange Zeit nicht wahrgenommen wurde, ist sicher auf den starken Druck aus Vorarlberg zurückzuführen.

Rheinkraftwerke

Im Rahmen der Sicherstellung der Energieversorgung reichte im Jahr 1979 eine Vereinigung von Stromversorgern (Liechtensteinische Kraftwerke LKW, Nordostschweizerische Kraftwerke AG NOK, Motor-Columbus AG) ein Konzessionsgesuch für den Bau eines Kraftwerkprojekts am Alpenrhein ein. Es sah zwischen Sargans und der Illmündung mehrere Staustufen zur Energiegewinnung vor; wurde von den Behörden schliesslich aber abgelehnt,

vor allem mit Rücksicht auf die Folgen für den Grundwasserhaushalt und die Umwelt.⁷⁹

Am 8. Januar 1981 wurden die ersten Pläne für die fünf Staustufen vom Badener Unternehmen Motor-Columbus vorgestellt. Im Rahmen der Konzessionsgesuchseinreichung gab das Unternehmen aber auch bekannt, dass eine Terminprognose nicht möglich sei, da das Gewässernutzungsgesetz im Kanton St.Gallen noch der Revision bedürfe. Daher sei es noch nicht sicher,

66 W&O, 10.6.1972.

67 W&O, 21.10.1972 (Raffinerie und Atomkraftwerk: Christian Beusch). W&O, 8.1.1973 (Warnung vor Kernkraftwerken und Alternative: Ludwig A. Minelli). W&O, 18.7.1973 (Atomkraftwerk Rüthi: Zunehmende Aktivität der Gegner: Dr. med. H. Stahl).

68 W&O, 13.11.1972.

69 W&O, 22.11.1972.

70 Vgl. <http://lgu.li/publikationen/jahresberichte/Rechenschaftsbericht%20fuer%20das%20Jahr%201973.pdf/view>; besucht am 20.9.2015.

71 W&O, 24.2.1973.

72 W&O, 4.4.1973; W&O, 12.5.1973.

73 W&O, 7.7.1973.

74 W&O, 12.9.1973.

75 W&O, 22.9.1973.

76 W&O, 18.11.1974.

77 W&O, 2.6.1975.

78 Vgl. <http://www.staatsarchiv.sg.ch/home/publikationen/aufgefallen/2011/3.html>; besucht am 28.9.2015. – Der Widerstand aus Österreich erhielt noch zusätzliche Akzentuierung durch die Volksabstimmung vom 5. November 1978 zum bereits gebauten Kernkraftwerk Zwentendorf (Niederösterreich), dessen Inbetriebnahme durch knappe Ablehnung verunmöglicht wurde. In der Folge beschloss der österreichische Nationalrat im Dezember 1978 ein Verbot von Atomkraftwerken in Österreich.

79 Vgl. <http://www.lebendigerrhein.org/index.php?id=8337>; besucht am 1.10.2015.



Aus einer Ansichtskartenserie der Vereinigung zum Schutz des Rheins VSR, die sich zusammen mit weiteren Organisationen erfolgreich gegen die Staustufen im Rhein eingesetzt hat. Fotos Sepp Gähwiler, Buchs

ob ein Staatsvertrag nötig sein werde. Der St.Gallisch-Appenzellische Naturschutzbund kündigte bereits seine Opposition an: Der Rhein sei zwar eingedämmt und kein natürlicher Flusslauf mehr, doch die nötige Erhöhung des Damms und die Folgen der Staustufen für den Fluss und die Umwelt seien gravierend. Bald formierte sich im Werdenberg die Vereinigung zum Schutze des Rheins (VSR), um die Kraftwerkprojekte zu bekämpfen. Das Fürstentum Liechtenstein scheint dagegen eher bereit gewesen zu sein, den Eingriff zu dulden und zeigte Interesse,⁸⁰ da mit den geplanten Staustufen der landesweite Energiebedarf abgedeckt werden könnte. Weil auch die Liechtensteinischen Kraftwerke in die Planung involviert waren, bestand in der Schweiz die Ansicht, Liechtenstein sei vorbehaltlos für die Rheinkraftwerke. Darum wurden Forderungen laut, das Nachbarland müsse auch an die Schweiz denken.⁸¹

Es gab aber auch im Werdenberg Stimmen, die aufgrund drohender Energieknappheit die Staustufen nicht grundsätzlich ablehnten. Ein See könne auch ein Gewinn für die Vogelwelt sein. Momentan gebe es aber noch zu viele Unsicherheiten,

um ohne Vorbehalte für das Projekt zu sein.⁸²

Um mögliche Folgen abschätzen zu können, wurde ein Untersuchungsbericht über die Folgen für Umwelt und Grundwasser in Auftrag gegeben. Die Befürworter mochten ohne diese Studie keine Stellung mehr beziehen, die Gegner blieben aber in der Öffentlichkeit präsent und mobilisierten die Bevölkerung. Auf beiden Seiten des Rheins formierte sich der Widerstand gegen die Rheinkraftwerke. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) und die Vereinigung zum Schutze des Rheins (VSR) spannten zusammen, um auf die Gefahren und die gravierenden Folgen für Flora, Fauna und Grundwasser aufmerksam zu machen. Hierfür wurde am 31. August 1986 das erste Rhy-Fäscht auf dem Rheindamm gefeiert. VSR und LGU organisierten zusammen mit den Pontonieren Buchs, den Fischereivereinen Werdenberg und Liechtenstein, den Ornithologischen Vereinen sowie der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein-Sarganserland-Werdenberg (BZG) das Fest, das laut OK-Präsident Sepp Gähwiler vor allem ein Ziel hatte: das Verhindern der Rheinkraftwerke. So sollte bei der Bevölkerung

das Bewusstsein für den Lebens- und Erholungsraum Alpenrhein verstärkt werden.⁸³ Obwohl – bedingt durch das Abklären der Umweltverträglichkeit – die Diskussion um das Projekt etwas ruhiger geworden war, wurden in den folgenden Jahren weitere Rhy-Fäschter durchgeführt, so dass der W&O zum Schluss kam, dieser Anlass habe sich zu einer gesellschaftlich-kulturellen Institution entwickelt und die Rheinkraftwerke seien kaum durchsetzbar.⁸⁴

Am 10. Februar 1993 titelt der W&O *«Hauptsorge gilt dem Grundwasser»*. Im Artikel wird auf die Gründe für die ablehnende Haltung der Regierung des Kantons St.Gallen eingegangen. Das Grundwasser sei für das Rheintal lebenswichtig und deshalb werde im Moment keine Konzession erteilt. Der Umweltverträglichkeitsbericht könne die Bedenken nicht aus dem Weg räumen. Im Kommentar stellt der Chefredaktor daraufhin fest, dass die Stimme der Region gehört worden, die Stimmung der Bevölkerung aber nicht allein ausschlaggebend gewesen sei. Er macht darauf aufmerksam, bei veränderten Bedingungen und neuen Untersuchungsergebnissen sei eine erneute Überprüfung möglich.⁸⁵

Im Juni 1994 besucht Bundesrat Adolf

Während des Zweiten Weltkriegs fanden an der Rheingrenze, hier an der Brücke Buchs-Schaan, wieder Kontrollen statt.

Archiv Hansruedi Rohrer, Buchs



Ogi das Fürstentum Liechtenstein. Bei diesen Gesprächen geht es auch um das Konzessionsgesuch für den Bau der Rheinkraftwerke. Danach wird bekannt gegeben, das vorliegende Projekt sei abgeschlossen. Es wird betont, die Gespräche zwischen der Schweiz und Liechtenstein hätten in freundschaftlicher Atmosphäre stattgefunden.⁸⁶

Im Kommentar des W&O zu diesen Resultaten betont der Chefredaktor, nun könne die Neugestaltung der Rheinufer in Angriff genommen werden. Dazu dürfe der Rhein nicht nur als Grenze zwischen zwei benachbarten Staaten betrachtet, sondern müsse als Ganzes angesehen werden. Dieses Bekenntnis, auch von Seiten der liechtensteinischen Regierung, sei eine Absage an zukünftige Projekte und werfe, so der Kommentator, ein etwas anderes Licht auf die in der Schweiz verbreitete Annahme, die Politik im Fürstentum habe die Projekte befürwortet.⁸⁷

Krieg, Krisen, Neutralität und Flüchtlinge

Zweiter Weltkrieg

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs versuchten die Schweiz und Liechtenstein neutral zu bleiben und sich gegen

den Einfluss Deutschlands als übermächtigen Nachbarn zu wehren. Österreich hatte sich Nazi-Deutschland bereits angeschlossen und sowohl in der Schweiz als auch in Liechtenstein gab es einzelne Bestrebungen, ebenfalls in einem Grossdeutschland aufzugehen.

Während die Berichterstattung über das Fürstentum bis in die 1920er Jahre noch unter der Rubrik «Ausland» zu finden war, sind Meldungen aus dem Nachbarland jetzt gleich nach den Berichten aus der Region «Werdenberg und Obertoggenburg» platziert.

Am 6. September 1939 beginnt die Grenzbesetzung durch die Schweizer Armee und damit die Sperre der Rheinbrücken. Auch die Brücken ins Fürstentum Liechtenstein werden für den Verkehr geschlossen, einzig über die Brücke Buchs-Schaan können noch Autos, Motorräder und Fuhrwerke verkehren. Die Sicherung der Grenze Liechtenstein-Vorarlberg wird zwar weiterhin von der Schweizer Grenzwa- che versehen, doch die eigentliche Grenzbesetzung ist am Rhein stationiert. In der Berichterstattung über diese Ereignisse kommen auch die Verhandlungen des liechtensteinischen Regierungschefs in Bern betreffend Versorgungssicherheit zur Sprache.⁸⁸

Um die Selbstversorgung Liechtensteins gewährleisten zu können oder zumindest um die Abhängigkeit von der Schweiz möglichst gering zu halten, wird der Getreideanbau im Fürstentum vorangetrieben.⁸⁹ Im weiteren Verlauf des Kriegs erfahren die Heu- und die Holzausfuhr ins Ausland, auch in die Schweiz, Einschränkungen, um Engpässe in Liechtenstein zu verhindern.⁹⁰ In diesem Zusammenhang ist auch die Weiterführung der Bauarbeiten am Liechtensteiner Binnenkanal zu sehen, die während der ganzen Kriegszeit vorangetrieben und in den Schweizer Zeitungen – mit Blick auf

⁸⁰ W&O, 8.1.1981.

⁸¹ W&O, 27./28.2.1981.

⁸² W&O, 16.2.1981.

⁸³ W&O, 2.9.1986.

⁸⁴ W&O, 24.8.1987; W&O, 30.8.1988.

⁸⁵ W&O, 19.2.1993.

⁸⁶ W&O, 7.7.1994.

⁸⁷ Hans Jakob Reich, W&O, 8./9.7.1994.

⁸⁸ W&O, 6.9.1939.

⁸⁹ W&O, 22.9.1939.

⁹⁰ Vgl. u.a. W&O, 27.11.1939; 5.2.1940; 24.1.1941; 16.4.1941.



Junge russische Soldaten der Holmston-Armee, wohl kaum der Pubertät entwachsen, kochen in Ruggell unter freiem Himmel ihr Essen. Foto von Emil Brunner, Braunwald, 9. Mai 1945. Amt für Kultur, Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz

die «Anbauschlacht» – immer wieder lobend erwähnt werden.⁹¹ Dass der grenzüberschreitende Verkehr trotzdem nicht zum Erliegen kommt und die Beziehungen zum Nachbarstaat weitergeführt werden, zeigt sich daran, dass der Postautoverkehr im Fürstentum zwar eingeschränkt, aber nicht eingestellt wird⁹² und dass im Oktober 1939 Schweizer Sappeure bei der Reparatur der beschädigten Seveler Rheinbrücke helfen. Vaduz übermittelt den Dank an die Schweiz für die freundschaftliche Hilfe in so bewegten Zeiten.⁹³ Zwischen der Schweiz und Liechtenstein muss gerade in der Anfangszeit der Kriegslage einiges verhandelt werden, auch weil der Zollanschlussvertrag nicht für einen solchen Zu-

stand ausgerichtet ist. Auch mit dem Deutschen Reich führt das Fürstentum Verhandlungen, vor allem, um die Bestossung der Liechtensteiner Alpen in Vorarlberg auch unter der neuen Regierung zu gewährleisten. Ohne diese Alpen wäre eine Versorgung des Viehs besonders im Unterland nicht mehr möglich.⁹⁴ Diesbezüglich wird eine Lösung gefunden, die «als glücklich bezeichnet werden darf».⁹⁵

«Den Liechtensteinern», so kommentiert der W&O eine Meldung aus dem Nachbarland, in der die Zigarrenverkäufe thematisiert werden, «scheint es gut zu gehen, wenn diese so zahlreich gekauft werden.»⁹⁶ In der Schweiz und auch in Liechtenstein sammelt man für das Schweizerische Rote Kreuz. Die

fürstliche Regierung ruft zu Spenden auf, weil auch das Fürstentum von der Grenzbewachung der Schweizer Soldaten profitiere. Der W&O lobt die Freigiebigkeit der Nachbarn und verspricht: «Das Schweizervolk wird diesen Verbundenheitsbeweis in schicksalsschwerer Zeit nicht vergessen.»⁹⁷

Da infolge der Mobilmachung in der Schweiz Arbeitskräfte knapp sind, finden viele Liechtensteiner Arbeit in der Schweiz.⁹⁸ Die Pfadfinder Liechtensteins melden sich für landwirtschaftliche Arbeitsdienste. «Das ist freundschaftliche Hilfe, für welche vielerorts gedankt wird.»⁹⁹

In Liechtenstein sympathisieren einige «Aussenseiter» mit der Ideologie des Nationalsozialismus: Ein Haus sei mit

«Heil Hitler» beschmiert worden, sechs Bürger seien wegen Hochverrats verhaftet und «an die Grenze zum Land ihrer Träume gestellt worden»¹⁰⁰ und eine volksdeutsche Zeitschrift namens «Der Umbruch» werde in Liechtenstein veröffentlicht.¹⁰¹ In der Schweiz ist man besorgt über die Vorgänge beim «Zollunionnachbar». Das *Liechtensteiner Vaterland* weist die Ansichten der volksdeutschen Bewegung entschieden zurück und macht auf die gemeinsamen Interessen und die Schicksalsgemeinschaft mit der Schweiz aufmerksam.¹⁰² Im Verlauf des Kriegs wird die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein immer weiter intensiviert: Dabei geht es um Kleinigkeiten wie zum Beispiel den Zusammenschluss der Viehzüchtervereinigungen,¹⁰³ aber auch um Grösseres, wie die Zusammenarbeit in der Landesversorgung,¹⁰⁴ verschiedene Wirtschaftskonferenzen,¹⁰⁵ die Arbeit der Liechtensteiner in der Schweiz¹⁰⁶ sowie die Übernahme von einzelnen Schweizerischen Vorschriften und Gesetzen (Fremdenpolizei,¹⁰⁷ Arbeitsmarkt¹⁰⁸). Diese Anpassungen werden von den Schweizer Zeitungen gelobt und sie freuen sich über die «sympathische Geistesverwandtschaft» und den «fortschrittlichen Geist».¹⁰⁹

Den grössten Raum in der Berichterstattung nehmen aber die Kriegseignisse ein. In jeder Ausgabe wird ausführlich über die Geschehnisse im Ausland und an den Fronten berichtet. Auch die eidgenössische Politik und Ereignisse in der Schweiz finden grosse Beachtung. Dagegen sind die Meldungen über das Fürstentum in den Werdenberger Zeitungen sehr spärlich.

Die Freundschaft zwischen den beiden Ländern wird besonders bei speziellen Gelegenheiten betont: Die Feier zum Nationalfeiertag als Bekundung der Erhaltung der Selbständigkeit erfährt Lob und dabei wird auch nicht vergessen, sich für die Höhenfeuer zum Schweizerischen Nationalfeiertag zu bedanken.¹¹⁰ Für das Werdenberg scheint die Zusammenarbeit mit Liech-

tenstein selbstverständlich zu sein, während das Fürstentum im Rest der Schweiz eher unbekannt ist. Im September veröffentlicht der W&O einen Reisebericht mit dem Titel «Querschnitt durch Liechtenstein». Er handelt von einem Journalistenbesuch aus der Schweiz im Fürstentum und soll das kleine Nachbarland, das als «zugewandter Ort» bezeichnet wird, im Rest der Schweiz etwas bekannter machen. Seit dem Zollanschlussvertrag habe sich ein lebhafter Verkehr entwickelt, und auf beiden Seiten des Rheins könne man sich dieses Vertragswerk nicht mehr wegdenken, auch wenn anfangs die Werdenberger skeptisch gewesen seien. Es habe sich eine Kulturgemeinschaft über die Grenzpfähle hinaus entwickelt.¹¹¹

Die Flüchtlingsthematik kommt kaum zur Sprache. Erstmals werden im Juni 1940 französische Flüchtlinge erwähnt,¹¹² ansonsten wird in diesem Zusammenhang nichts vermeldet, bis im Jahr 1942 ein Aufruf ergeht, Kleider für kriegsgeschädigte Kinder zu spenden.¹¹³ Die Ankunft des ersten Zugs mit kriegsgeschädigten Kindern aus Serbien in Chiasso findet ebenso Erwähnung wie die Tatsache, dass sie drei Monate in einem Kinderheim untergebracht werden, nachdem sie un-

tersucht, neu eingekleidet und gepflegt worden seien.¹¹⁴ In den folgenden Monaten des Jahres 1942 werden die Meldungen über die Flüchtlinge allmählich häufiger. Vor allem im Jura versuchen viele Leute, in die Schweiz zu gelangen. Vom «Flüchtlingselend» und von der strikten Durchführung der bestehenden Vorschriften wird geschrieben und eine Schliessung der Grenze diskutiert.¹¹⁵ Aus dem St.Galler Tagblatt kommt ein Artikel zum Abdruck, in dem es heisst: «Herz und Gewissen ermahnen uns, den unglücklichen Menschen zu helfen, der Verstand drängt uns zur Zurückhaltung im Interesse des eigenen Landes.»¹¹⁶ Die «grausamen Judenjagden» werden als Ursache dieser Flüchtlingswellen ausgemacht, und es wird gefordert, diese Verfolgten als politische Flüchtlinge zu betrachten.¹¹⁷

In den folgenden Monaten wird das Flüchtlingsproblem weiter diskutiert,¹¹⁸ auch die berühmte Rede von Bundesrat Steiger («Das Boot ist voll») findet Erwähnung, auch wenn dieser Ausdruck damals im Bericht nicht wiedergegeben wird.¹¹⁹

Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen ist das Fürstentum Liechtenstein nicht erwähnt, die Flüchtlingskrise ist noch weit weg – im Westen der

91 Vgl. u.a. W&O 24.1.1941; 18.6.1941; 22.9.1941; 26.9.1941; 5.4.1943.

92 W&O, 29.9.1939.

93 W&O, 25.10.1939.

94 W&O, 18.12.1939.

95 W&O, 29.4.1940.

96 W&O, 29.12.1939.

97 W&O, 15.3.1940.

98 W&O, 3.5.1940.

99 W&O, 3.6.1940.

100 W&O, 3.6.1940.

101 W&O, 6.11.1940.

102 W&O, 3.1.1941.

103 W&O, 11.9.1940.

104 W&O, 28.10.1940.

105 W&O, 24.1.1941.

106 W&O, 3.5.1940.

107 W&O, 27.1.1941.

108 W&O, 28.2.1941; 9.5.1941.

109 W&O, 14.7.1941.

110 W&O, 15.8.1941.

111 W&O, 22.9.1945; 26.9.1945.

112 W&O, 19.6.1940.

113 W&O, 24.4.1942.

114 W&O, 3.7.1942.

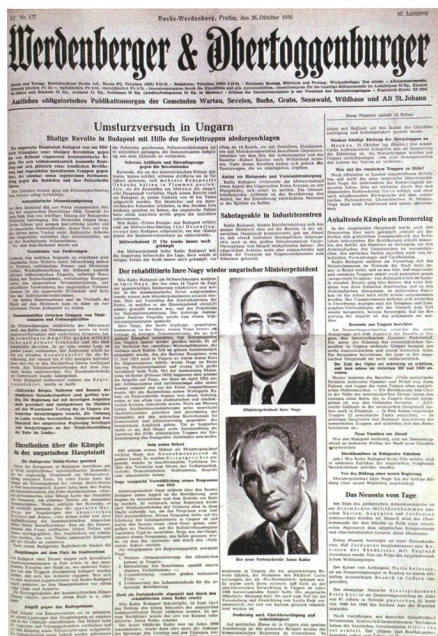
115 W&O, 21.8.1942.

116 St.G. Tagblatt, zitiert in W&O, 24.8.1942.

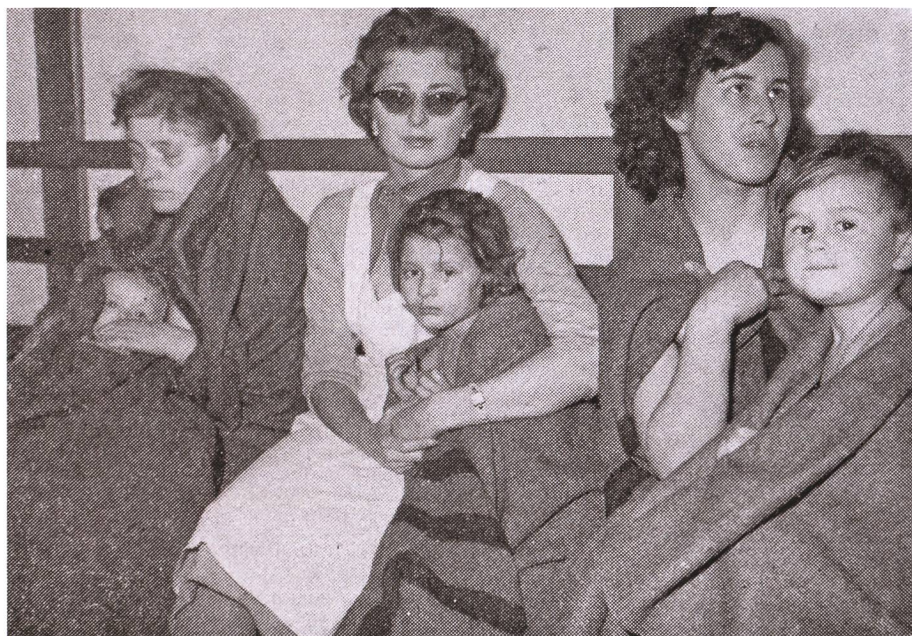
117 W&O, 24.8.1942.

118 W&O, 26.8.1942; 28.8.1942; 31.8.1942.

119 W&O, 23.9.1942.



Auf der Titelseite vom 26. Oktober 1956 berichtete der W&O umfassend über den «Umsturzversuch in Ungarn». Archiv W&O, Buchs



Fürstin Gina von Liechtenstein engagierte sich bei der Betreuung von Flüchtlingskindern und -müttern aus Ungarn. W&O, 12.11.1956

Schweiz eben. In der Berichterstattung über das Nachbarland geht es um die Betonung der guten Beziehungen¹²⁰ oder um besondere Ereignisse, zum Beispiel um das Verbot der in Liechtenstein erscheinenden Zeitschrift «Der Umbruch»¹²¹ oder eine Hochzeit im Fürstenhaus.¹²² Zum zwanzigsten Jahrestag der Zollunion wird von den «glücklichen Auswirkungen» auf beiden Seiten des Rheins geschrieben.¹²³

Mit Beginn der Invasion der Alliierten in Frankreich wird kaum mehr über Liechtenstein geschrieben. Das Flüchtlingsproblem tritt in den Hintergrund, auch wenn im August 1943 Aufrufe und Inserate für Sammlungen veröffentlicht werden. Mit dem Kriegsverlauf verschieben sich die Grenzübertreite von Vertriebenen vermehrt vom Jura über Basel in den Raum Schaffhausen, bis im April dann ebenfalls die Ostgrenze betroffen ist. Flüchtlinge, auch aus dem Konzentrationslager Buchenwald, über das in einem ausführlichen Artikel berichtet wird, kommen zu Fuss über die Grenze bei Schaanwald und werden dann mit dem Zug nach Buchs gebracht.¹²⁴ Über Flüchtlinge, die in

Liechtenstein aufgenommen werden, ist nichts zu lesen, dafür aber erscheint eine Meldung über die Internierung der Holmston-Armee.¹²⁵ Auch die Probleme, die sich Liechtenstein bei der Unterbringung dieser russischen Soldaten und deren Familien stellen, finden Erwähnung.¹²⁶

Flüchtlingsströme nach 1945

Der Zweite Weltkrieg rückte das Fürstentum Liechtenstein näher an die Schweiz. Die gegenseitigen Beziehungen, die mit dem Zollanschlussvertrag begonnen hatten, wurden noch weiter vertieft, was sich auch in der Berichterstattung in den Werdenberger Zeitungen zeigt. Die Aufnahme von Flüchtlingen ging nach dem Weltkrieg noch weiter, auch wenn sie nicht mehr so intensiv in den Blättern thematisiert wurden. Ein nächster grosser Flüchtlingsstrom kam erst im Rahmen des Kalten Krieges und der Aufstände in den sowjetischen Satellitenstaaten auf die Schweiz zu.

Ungarnaufstand 1956

Am 26. Oktober 1956 meldet der W&O den Umsturzversuch in Ungarn und dessen Niederschlagung durch

die Sowjettruppen.¹²⁷ Die Ereignisse in Ungarn bleiben Titelthema in den Zeitungen. Es werden erste Hilfsaktionen gestartet und die Flüchtlingsströme in Österreich behandelt.¹²⁸ Nur zwei Tage später berichtet die Zeitung auf der Titelseite über die ersten Flüchtlinge in Buchs und über die Schicksale der Menschen, die vor dem Kommunismus flüchten mussten. Überall in der Schweiz werden Spenden gesammelt und Demonstrationen gegen die Sowjetunion durchgeführt.¹²⁹ Die Berichterstattung über die Schicksale und die Flucht der Ungarn, die in Buchs eintreffen, wird weiter intensiviert und die Zeitung berichtet ausführlich über die Aufnahme in Buchs.¹³⁰ In diesem Zusammenhang wird auch über die Hilfe in Liechtenstein geschrieben und es erscheint ein Foto, das die Fürstin Gina mit Flüchtlingen zeigt.¹³¹ Das liechtensteinische Rote Kreuz hat nach wenigen Tagen bereits 61 000 Franken gesammelt, nicht zuletzt dank einem Aufruf der Fürstin, und es sammelt auch weiterhin.¹³² Das Schicksal der Flüchtlinge dominiert die Presse in der Schweiz. Das Fürstentum Liech-

tenstein findet in dieser Zeit aber nur am Rand, wenn überhaupt, Erwähnung. Die Berichte über die Flüchtlinge aus Ungarn nehmen mit Beginn des Jahres 1957 wieder ab und als im Februar über die Ungarnhilfe aus der Schweiz und des IKRK geschrieben wird, ist das Fürstentum Liechtenstein nicht die geringste Notiz wert.¹³³

1968: Prager Frühling

Am 21. August 1968 titelt der Werdenberger und Obertoggenburger: «*Nacht über Prag: Einmarsch sowjetischer, polnischer und ostdeutscher Truppen in die CSSR*».¹³⁴ «*Das Ende des Prager Frühlings*», heisst es in den späteren Ausgaben, und wiederum wird in der Schweiz an verschiedenen Orten gegen die Politik der Sowjetunion protestiert.¹³⁵ Das Thema der Asylgewährung taucht anfangs nur am Rand der Nachrichten zur Tschechoslowakei auf,¹³⁶ auch wenn die ersten Flüchtlinge – zwar spärlich – schon bald in der Schweiz ankommen. Die Einrichtungen in der Schweiz sind bereit für einen grösseren Ansturm.¹³⁷ Auch Anfang September sind erst wenige Flüchtlinge eingetroffen. Die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein, die in der Zeitung thematisiert werden, beschränken sich auf die Grundsteinlegung für das Neu Technikum Buchs (NTB)¹³⁸ und die Generalversammlung der 1956 gegründeten Gesellschaft Schweiz– Liechtenstein.

Bei diesem Anlass macht der Fürst auf die gute Zusammenarbeit der beiden Länder aufmerksam und dankt für die guten Dienste.¹³⁹ Mitte September treffen dann aber immer mehr Flüchtlinge in der Schweiz ein und die Bevölkerung hilft mit Spenden und spontaner Unterstützung.¹⁴⁰ Hilfe aus Liechtenstein wird im W&O nicht erwähnt, es ist aber anzunehmen, dass auch im Fürstentum das Schicksal der Flüchtlinge aus der CSSR viele bewegt. Die Meldungen beschränken sich auf verschiedene Ereignisse, so zum Beispiel auf die Bitte um Beherbergung von Sängern, die ein grosses Konzert in Liechtenstein geben werden und mit deren Aufnahme Privatpersonen überfordert wären.¹⁴¹ Auch die neue Kehrriechanlage Werdenberg–Liechtenstein–Sargans in Buchs ist ein wichtiges Thema.¹⁴²

Im Oktober 1968 kommt es zu einem Grenzzwischenfall: «*Verirrte Geschosse der schweizerischen Armee detonierten im Fürstentum Liechtenstein*» während Schiessübungen aus der Gegend von Sevelen und Sargans.¹⁴³ Dieser Zwischenfall ist nur einer von vielen, die im Zusammenhang mit der Schweizer Armee und insbesondere dem Waffenplatz Luziensteig stehen. Es sei hier auch an den Waldbrand im Dezember 1985 erinnert. Der W&O hofft, dass dieser Schiessunfall nicht das freundschaftliche Einvernehmen trübe. Die Regierung des

Fürstentums wird jedenfalls wegen der Gefährdung von Menschen und der Verletzung des Hoheitsgebietes in Bern vorstellig.¹⁴⁴

Krisen auf dem Balkan

Im Zusammenhang mit den Jugoslawien-Kriegen kommen in den 1990er Jahren wieder viele Flüchtlinge in der Ostschweiz an. Die Berichterstattung über die Krise auf dem Balkan ist fast täglich auf der Titelseite zu finden. Dazu kommen detailliertere Artikel über Hilfe und Sanktionen auf den Innenseiten des W&O. Durch den Konflikt verliert Jugoslawien den Status als traditionelles Rekrutierungsland für Arbeitskräfte.¹⁴⁵

Im Jahr 1991 wird das Kurhaus am Buchserberg, das im Besitz der Ortsgemeinde ist, in ein Asylzentrum umfunktioniert. An der Bürgerversammlung wird diese Umnutzung kaum diskutiert und die Vertreter der Ortsgemeinde besuchen das neue Asylzentrum.¹⁴⁶ Bald findet dann aber in den Leserbriefen eine angeregte Diskussion über das Kurhaus und über einen Einbruch am Buchserberg statt.¹⁴⁷ Mit einem Tag der offenen Tür versucht man, Vorbehalte in der Bevölkerung abzubauen.¹⁴⁸ Verschiedene Berichte machen darauf aufmerksam, dass kein Notstand im Asylwesen herrsche, dass aber momentan Vollzugsprobleme aufgetaucht seien.¹⁴⁹ Der Zustrom von Kriegsflüchtlingen

120 Vgl. z.B. W&O, 18. 11. 1942; 4. 1. 1943.

121 W&O, 26. 11. 1942.

122 W&O, 8. 3. 1943; 10. 3. 1943.

123 W&O, 29. 2. 1943.

124 W&O, 30. 4. 1945.

125 W&O 4. 5. 1945. – Es handelt sich bei der Holmston-Armee um die letzten gegen 500 Mann der «I. Russischen National-Armee der Deutschen Wehrmacht», die unter Führung von Generalmajor Artur Holmston – mit richtigem Namen Boris Alexejewitsch Smyslowsky – auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion gekämpft hatte. Sie hat nichts zu tun mit der «Russischen Befreiungsarmee» unter dem Kommando von General Andrei Wlassow, die ebenfalls auf Seiten des Deutschen Reichs gekämpft hatte. – Vgl. dazu: GEIGER, PETER/

SCHLAPP, MANFRED, *Russen in Liechtenstein, Flucht und Internierung der Wehrmacht-Armee Holmstons 1945–1948*, Vaduz, Zürich 1996.

126 W&O, 13. 6. 1945.

127 W&O, 26. 10. 1956.

128 W&O, 5. 11. 1956; 7. 11. 1956.

129 W&O, 9. 11. 1956.

130 W&O, 12. 11. 1956.

131 W&O, 12. 11. 1956.

132 W&O, 14. 11. 1956.

133 W&O, 6. 2. 1957.

134 W&O, 21. 8. 1968.

135 W&O, 22. 8. 1968; 24. 8. 1968.

136 W&O, 24. 8. 1968.

137 W&O, 31. 8. 1968.

138 W&O, 7. 9. 1968.

139 W&O, 16. 9. 1968.

140 W&O, 14. 9. 1968.

141 W&O, 26. 9. 1968.

142 W&O, 28. 9. 1968.

143 W&O, 15. 10. 1968.

144 W&O, 16. 10. 1968.

145 W&O, 24. 9. 1991.

146 W&O, 20. 6. 1991.

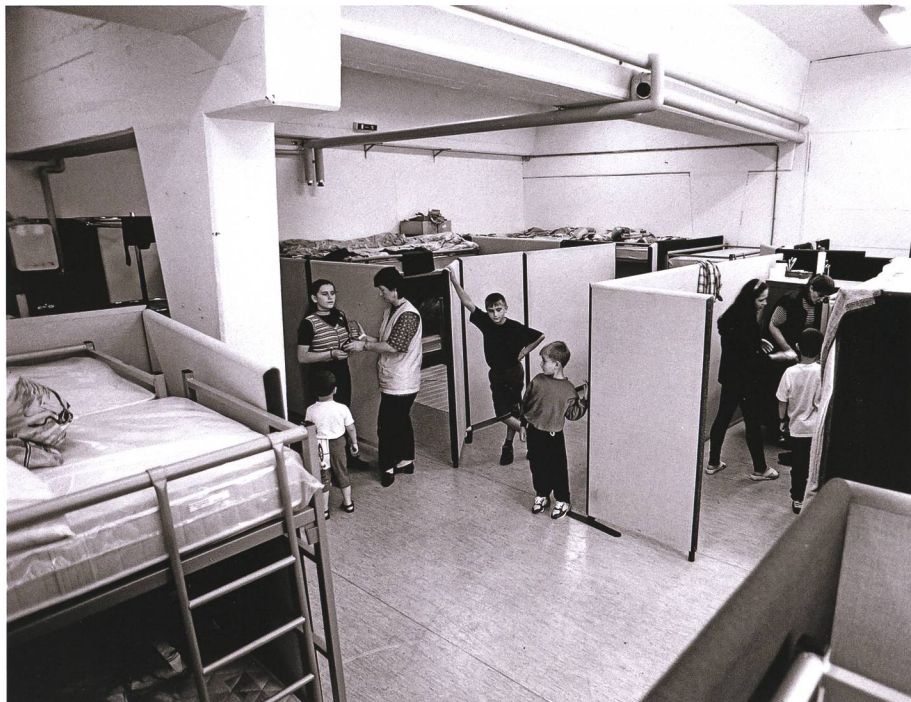
147 W&O, 4. 7. 1991.

148 W&O, 24. 9. 1991.

149 W&O, 3. 10. 1991.

hält weiter an und die Bevölkerung in der Schweiz und besonders in der Region Werdenberg ist stark mit der Problematik konfrontiert. Mit verschiedenen Aktionen wird versucht, die Angst vor den Fremden zu nehmen und die Sorgen der Bevölkerung zu zerstreuen. Als Beispiel sei an dieser Stelle die Aktion «Fremdenfreundlichkeit» erwähnt.¹⁵⁰ Mit Fortdauer der Krise auf dem Balkan werden auch immer mehr Flüchtlinge aufgenommen, trotzdem sind noch über 40 000 Vertriebene unterwegs.¹⁵¹ Die Schweiz bemüht sich, zwischen den Fronten zu vermitteln und Kriegsopfer zu verhindern, indem sie Kriegsgefangene vorübergehend aufnimmt.¹⁵² Von verschiedenen Seiten werden Stimmen laut, die Schweiz müsse noch mehr zur Linderung der Not der Flüchtlinge unternehmen. «Die Bevölkerung ist bereit, Hilfe für Notleidende zu leisten», heisst es beispielsweise.¹⁵³ Die Schweiz engagiert sich in der Bereitstellung wintersicherer Unterkünfte in Ex-Jugoslawien¹⁵⁴ und schickt Wohnwagen, die im Bahnhof Buchs verladen werden, nach Kroatien.¹⁵⁵

Im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien wird das Fürstentum Liechtenstein kaum in den Zeitungen erwähnt. Eine Ausnahme ist der 18. November 1992, als die Regierung in Vaduz beschliesst, keine weiteren Aktionen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten durchzuführen. Das kleine Land will sich auf die Hilfe vor Ort konzentrieren. So sollen zum Beispiel die Spenden der Bevölkerung für ein privates Hilfswerk verdoppelt und die Transportkosten übernommen werden. Im Sommer, so berichtet der W&O, habe das Fürstentum 50 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina aufgenommen, die an verschiedenen Orten untergebracht und nun zu meist in ihren Berufen arbeiten würden. Diese Meldung wird im W&O weder positiv noch negativ kommentiert.¹⁵⁶ Die Zeitung berichtet indes über die Aufnahme von weiteren 171 Kriegsgefangenen, von denen 71 in



Notunterkunft für Flüchtlinge aus dem Kosovo 1999 im Luftschutzbunker in Balzers.

Foto Nikolaus Walter, Feldkirch

Buchs eingetroffen sind. Nur die wenigsten haben unter Waffen gestanden, fügt das Blatt an, die meisten seien Frauen und Kinder. Die Bevölkerung ist betroffen, meldet die Zeitung, und es seien noch mehr vorübergehende Aufnahmen geplant. Wo aber die Flüchtlinge am Schluss landen würden, das sei noch unklar. Dass dieses Thema weltweit für Schlagzeilen sorgt, zeigt die Meldung, auch Neuseeland möchte 30 Personen Schutz bieten.¹⁵⁷ Mit Fackelzügen – von Hilfswerken organisiert – fordern grosse Teile der Bevölkerung, dass die Schweiz weitere Vertriebene aufnehmen soll.¹⁵⁸

Es ist auffallend, wie prominent die Flüchtlingsthematik in den Zeitungen vertreten ist, und gleichzeitig ist ebenso auffällig, wie kaum über das Nachbarland und sein Engagement zur Bekämpfung der Not der Flüchtlinge berichtet wird. Das ändert sich auch im Zusammenhang mit der menschlichen Katastrophe in Serbien und im Kosovo nicht. In einem Kommentar im W&O heisst es, St.Gallen habe immer viele Flüchtlinge aufgenommen und schnell

und unkompliziert geholfen, nun habe aber die Stimmung gedreht. Dieser Artikel trägt den Titel «(St.Galler) Boot ist voll». Weiter heisst es im Text aber, das Fürstentum Liechtenstein habe ein Beispiel gegeben, wie die Platzprobleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern gelöst werden könnten. Im Nachbarland würden Asylbewerber von Landsleuten aufgenommen.¹⁵⁹ Mit öffentlichen Aufrufen und Inseraten sucht auch der Kanton weitere Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen.¹⁶⁰

Wiederum fällt auf, wie wenig bei solchen internationalen Themen über die nächstliegende Grenze, den Rhein, hinweggeschaut und mit dem Nachbarland zusammengearbeitet wird. Die Presse konzentriert sich auf die Leistungen des eigenen Landes oder orientiert sich an den grossen Nationen.

Fazit

In dieser Untersuchung hat sich gezeigt, dass sich die Wahrnehmung und die Darstellung des Fürstentums Liech-

Die Wahrnehmung des Werdenbergs in der liechtensteinischen Presse im 20. Jahrhundert

Marlies Kessler

Die liechtensteinische Presse wird von Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute vorwiegend von den beiden Landeszeitungen *Liechtensteiner Vaterland* und *Liechtensteiner Volksblatt* dominiert. Die Berichterstattung der beiden Blätter und ihrer Vorgänger zeigt überwiegend keine grossen Abweichungen, auch was die Darstellung des nahen Nachbarn Werdenberg anbelangt. Ab und zu lassen sich aber doch Unterschiede ausmachen, und zwar vor allem dann, wenn die Parteien, denen die beiden Zeitungen nahe stehen, verschiedene Haltungen zu politischen Themen einnehmen. Dies wird im Beitrag im Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein an mehreren Beispielen aufgezeigt. Das Werdenberg als einer von Liechtensteins nächsten Nachbarn jenseits der Rheingrenze wird häufig stillschweigend in die Darstellung der freundschaftlichen Beziehung des Fürstentums zur Schweiz integriert, ohne es besonders hervorzuheben. Das hängt natürlich auch mit der Auswahl der behandelten Themen zusammen – die im Übrigen denjenigen des vorliegenden Beitrags vollauf entsprechen –, da es hierbei oft um landespolitische Angelegenheiten ging wie zum Beispiel bei den Weltkriegen oder der Rheinüberschwemmung von 1927. Hier waren der Austausch und die Zusammenar-

beit mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft vonnöten, um offene Fragen zu klären und Probleme zu lösen, da Liechtenstein den Herausforderungen aufgrund seiner Kleinheit oftmals gar nicht gewachsen gewesen wäre. In der grossen Mehrheit der Fälle wird die Beziehung Liechtensteins zur Schweiz im Allgemeinen und zum Nachbarn Werdenberg im Besonderen als «freundschaftlich» dargestellt und wiederholt auch im genauen Wortlaut so bezeichnet. Eine Ausnahme bildete hierbei das «Werdenbergische Initiativkomitee contra Zollanschluss», das sich vehement gegen den geplanten Zollvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz wehrte. Dies vor allem, weil es um die Verschiebung des für Buchs wichtigen Grenzbahnhofs nach Feldkirch fürchtete. Die *Oberrheinischen Nachrichten* etwa schrieben in diesem Zusammenhang über die Buchser «Geldsackpolitik» und unterstellten gleichzeitig, diese Bestrebungen würden auch von Liechtensteinern – selbstredend Anhängern der gegnerischen Bürgerpartei – unterstützt. Auf diese Vorlage reagierte das *Volksblatt* mit deutlichen Worten und liess durchblicken, was es von den Aktivitäten des *Werdenberger und Obertoggenburger* hielt. Das blieb aber, wie bereits angedeutet, eine der wenigen Ausnahmen und vermochte das positive Bild der gutnachbarlichen Beziehungen zum Werdenberg nicht nachhaltig zu trüben.

war zwar geprägt von konfessionellen Banden und politischen Sympathien, trotzdem zeigt sich in den Zeitungsartikeln, dass beiden Seiten viel an einem guten Verhältnis mit dem Nachbarn gelegen ist. Die politische und die wirtschaftliche Krise nach dem Weltkrieg aber haben dafür gesorgt, dass die Bevölkerung des Fürstentums als verarmt angeschaut wurde. Tatsächlich war es für Liechtenstein und dessen Bewohner schwierig, aus der Armut herauszufinden. Schmuggel als Verdienst war verlockend, vereinzelt vermutlich sogar überlebensnotwendig. Diesen Gesetzesverstoss konnte der Nachbar aber nicht akzeptieren und in gewissen Kreisen befürchtete man mit einer Annäherung von Liechtenstein an die Schweiz auch eine Verbreitung dieser Delikte.

Die Sorgen der Werdenberger bezüglich des Zollanschlusses bewahrheiteten sich nicht. Schnell entwickelte sich eine Zusammenarbeit in der Nachbarschaft, die auch von Sympathie geprägt war. Die Schweiz freute sich an der guten Zusammenarbeit, und Liechtenstein war froh, vom grösseren Nachbarn unterstützt und akzeptiert worden zu sein. Dieses Gefühl der Dankbarkeit verstärkte sich mit der Rheinkatastrophe von 1927. Die Schweiz, das Werdenberg besonders, fühlte mit dem Nachbarland und liess ihm seine Hilfe zukommen. Beim Untersuchen der Zeitungen aus den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts wird man aber das Gefühl nicht los, dass die Schweiz und das Werdenberg sich gern

tenstein im Verlauf des 20. Jahrhunderts gewandelt haben. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs orientierte sich die kleine Monarchie auf der rechten Seite des Rheins in Richtung Österreich und wurde so als Ausland, als nicht zur

Schweiz gehörend, wahrgenommen. Mit dem Untergang der grossen Monarchien in Europa nach dem Ersten Weltkrieg zeichneten sich auch grosse Veränderungen für das kleine Land ab. Die Berichterstattung im Werdenberg

150 W&O, 14.9.1992.

151 W&O, 2.11.1992.

152 W&O, 30./31.10.1992.

153 W&O, 9.11.1992.

154 W&O, 17.11.1992.

155 W&O, 9.11.1992.

156 W&O, 18.11.1992.

157 W&O, 26.11.1992.

158 W&O, 27./28.11.1992.

159 W&O, 6.4.1999.

160 W&O, 9.10.1999.

in der Rolle des grossen Bruders sehen, der sich um das kleine Nachbarland sorgt und ihm in schwierigen Zeiten beisteht.

Bereits während des Zweiten Weltkriegs zeigt sich, dass die Kooperation mit dem Fürstentum für beide Seiten ein Gewinn ist. Durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich auch die Wahrnehmung etwas verändert: Liechtenstein gilt nicht mehr per se als Ausland, sondern ist – was sich übrigens auch im Layout der Zeitungen zeigt – näher an die Schweiz gerückt. Das kommt auch in der Neutralität und in der Abgrenzung zum übermächtigen Dritten Reich zum Ausdruck. Dass einige «Aussenseiter» einen Anschluss an Nazi-Deutschland wünschen, darüber können die Zeitungen hinwegsehen, denn das gibt es schliesslich auch in der Schweiz. Wie es die Bevölkerung aber mit der Volksdeutschen Bewegung gehalten hat, das kommt weniger zum Ausdruck. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, dass diese Untersuchung einige Punkte ungeklärt lässt. Diesbezüglich wäre in einer ausführlicheren Arbeit eine Ergänzung mit anderen Quellen – Briefen, Protokollen, Aussagen von Zeitzeugen – möglich. Was man aber feststellt: Je mehr die Schweiz mit eigenen Problemen zu kämpfen hat – zum Beispiel im Zusammenhang mit den Flüchtlingen im Zweiten Weltkrieg –, desto mehr rückt die Berichterstattung über das Fürstentum in den Hintergrund und das Nachbarland verschwindet bisweilen ganz aus den Nachrichten. Das zeigt sich auch in der Berichterstattung über die in der Nachkriegszeit folgenden Flüchtlingsströme. Die Opfer des Kommunismus wurden auf beiden Seiten des Rheins sehr freundlich willkommen geheissen, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten scheint gut funktioniert zu haben und auch das Fürstenhaus unterstützte die Aufnahme der Geflohenen. Die auf beiden Seiten des Rheins be-

liebte Fürstin Gina eignete sich dabei besonders gut als Objekt in den Pressemeldungen. Ansonsten stellt man auch bei der Analyse der Zeitungen zur Flüchtlingsthematik fest, dass die Schweiz mit sich selbst und globalen Problemen beschäftigt ist, und der Fokus rückt nach einigen Schlagzeilen schnell wieder weg vom Nachbarland, obschon es für den Werdenberger auch interessant wäre, über den Rhein zu blicken und zu vergleichen, wie der Liechtensteiner mit dem gleichen Problem umgeht.

Dass es aber Probleme gibt, die nicht an den Ufern des Rheins Halt machen, zeigt sich in der Diskussion um die Kraftwerke im Rheintal. In Vorarlberg formierte sich sofort der Widerstand gegen das AKW Rütli, in Liechtenstein dauerte diese Organisation – wie auch in der Schweiz – etwas länger. Doch die Gründung der LGU im Jahr 1973 war für die Politik in Liechtenstein prägend. Dass die Werdenberger davon nichts in den Zeitungen erfahren, zeigt, wie sehr der Fokus auf anderem lag, auf den Protesten in Vorarlberg und der Diskussion über die Atomkraft im eigenen Land.

Der Grenzfluss Rhein kann auch ein verbindendes Element sein. Das äussert sich nicht zuletzt dann, wenn es um seine Zählung, Gestaltung oder Nutzung geht. Ein besonderer Fall der Nutzung war mit den Staustufen geplant. Der gemeinsame Widerstand über den Rhein hinweg war riesig, die Kooperation funktionierte sehr gut, auch wenn anfangs die Opposition gegenüber dem Projekt auf liechtensteinischer Seite im Werdenberg wenig Beachtung fand. Das Bekenntnis zum Alpenrhein und auch der Ausblick auf eine mögliche Renaturierung im Zusammenhang mit der Ablehnung des Konzessionsgesuchs im Jahr 1994 zeigt, dass auf beiden Seiten der Lebens- und Naherholungsraum Rhein geschätzt wird.

Die europäischen Herausforderungen sollten auch gesamteuropäisch angegangen werden. Diese Zusammenarbeit wurde mit dem EWR und der EG vorangetrieben; auch die beiden Nachbarstaaten Schweiz und Liechtenstein wollten nicht hinten anstehen. Während die Bevölkerung im Fürstentum einen Beitritt zum EWR befürwortete, wurde dieser in der Schweiz abgelehnt. Die Folge war eine kurzzeitige Unsicherheit bezüglich des Zollanschlussvertrags. Diese konnte aber schnell beigelegt werden, da beiden Seiten an einer raschen Lösung gelegen war. Dass gerade bei der internationalen Kooperation gern im Voraus laut aufgeschrieben wird, hat man bereits bei den Verhandlungen zum Zollanschluss in den 1920er Jahren gesehen. Die Befürchtungen haben sich damals nicht bewahrheitet. Auch beim Anschluss Liechtensteins an den EWR konnte man sehr bald feststellen, dass dies an der guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht viel ändert.

Selten werden die Dinge so heiss gegessen, wie sie gekocht werden, und manchmal wünscht man sich, auch beim Rückblick auf die Berichterstattung, dass die Kochtemperatur etwas reduziert würde oder der Mut vorhanden wäre, sich an etwas Heisses heranzuwagen, sei dies nun die Kooperation im Kleinen oder im Grossen, die Hilfe für den Nachbarn oder für Schutzsuchende aus aller Welt.

Der Rhein wird auch heute im Europa ohne Grenzen immer noch als Schranke im Austausch zwischen der Schweiz und Liechtenstein wahrgenommen. Die Überquerung der Grenze ist schnell geschehen; ökonomisch und ökologisch, teilweise auch politisch existiert sie kaum noch – und trotzdem scheint zumindest in den Köpfen beidseits des Rheins eine Abgrenzung gegenüber dem Nachbarn auf der anderen Seite weiter Bestand zu haben.



Mitte im Fluss VI Foto Hans Jakob Reich, Salez